

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 80 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Dr. Peter Glotz MdB zur jugoslawischen Krise: Die Selbständigkeit und ihr Preis.

Seite 1

Dr. Elke Leonhard MdB zum 40. Jahrestag der Neugründung der Sozialistischen Internationale: Hoffnung der Verzweifelten.

Seite 3

Robert Antretter MdB zu den sicherheitspolitischen Diskussionen der Europäer: Bemühen um eine gemeinsame Sicherheitsidentität.

Seite 4

46. Jahrgang / Nr. 121

28. Juni 1991

Die Selbständigkeit und ihr Preis Bemerkungen zur jugoslawischen Krise

Von Dr. Peter Glotz MdB
Mitglied des SPD-Parteivorstands
Vorsitzender des Arbeitskreises Mittel- und Südosteuropa der SPD-Bundstagsfraktion

Slowenien und Kroatien, bisher "Teilrepubliken" Jugoslawiens, haben ihre Selbständigkeit erklärt. Und schon kündigte auch die serbische Minderheit in Kroatien an, sich selbständig machen zu wollen. Inzwischen marschieren die Panzer. Versinkt Jugoslawien, dieser nach dem ersten Weltkrieg kunstvoll und mühsam zusammengefügte Staat der "Südslawen", im Bürgerkrieg?

Eines sollte klar sein: Der Einsatz der Armee ist zum Zusammenhalt Jugoslawiens kaum legal, auf keinen Fall legitim. Gewalt erzeugt Gegengewalt. Wohin der Haß führt, der durch Gewaltanwendung entsteht, kann man in Georgien oder im Baltikum sehen. Mit dem Militär ist Jugoslawien auf die Dauer nicht zu verklammern. Die Führung der jugoslawischen Armee macht derzeit einen katastrophalen Fehler.

Wer die Konflikte auf dem Balkan beurteilen will, darf sich allerdings nicht mit flotten Formeln begnügen. Natürlich sind die Slowenen, um dieses Beispiel herauszugreifen, ein "Volk", also steht ihnen auch das berühmte "Selbstbestimmungsrecht der Völker" zu. Nur acht Prozent der slowenischen Bevölkerung gehören zu Minderheiten; und die sind einigermaßen befriedet. Auch ist Slowenien die wirtschaftlich stärkste Republik Jugoslawiens. Warum also soll diese Republik kein Recht haben, sich der grobserbischen Bevormundung durch Slobodan Milosevic, dem rechtspopulistischen Präsidenten der Serben zu entziehen?

Die Slowenen haben dieses Recht; und die Mehrheit der Bevölkerung hat die Sezession auch mit großer Mehrheit gutgeheißen. Die Frage ist nur, was sich das slowenische Volk für dieses Recht kaufen kann.

Denn die Unabhängigkeitserklärung Sloweniens löst in Jugoslawien einen Dominoeffekt aus. Gleichzeitig mit Slowenien erklärt Kroatien die Abspaltung. Dort besteht eine große militante (und von Milosevic aufgehetzte) serbische Minderheit, die sich nicht von den Brüdern und Schwestern im Nachbarstaat abspalten lassen will. "Alle Serben in einem serbischen Staat", heißt die verhängnisvolle nationalstaatliche Maxime der Anhänger von Milosevic. Und da die übrigen Völker Jugoslawiens, die Makedonier, die Albaner, Muslime und so weiter nicht

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kemijugger Druckerei
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



unter der Dominanz des stärksten Volkes, der Serben leben wollen, dürfte der so plausible und demokratische Beschluß der Slowenen ganz Jugoslawien in die Luft sprengen.

Das aber hat, abgesehen von Nationalitätenkämpfen, vor allem schwere wirtschaftliche Probleme zur Folge. Ministerpräsident Markovic prophezeit einen Rückgang des Bruttosozialproduktes um fünfzig Prozent. Er mag übertreiben; aber es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Loslösung der Einzelrepubliken, die jetzt siebzig Jahre lang in einem Staat zusammengearbeitet haben, ökonomisch nicht durchgeplant ist. Wer übernimmt welches Eigentum? Wer übernimmt welche Schulden? Welche Konsequenzen hat die Einführung separater Währungen in den Einzelstaaten? Wie wird die Inflation eingedämmt, welche Institutionen sind für die Geldpolitik zuständig? All dies sind lästige rationale, bohrende Fragen, die sowohl die Amerikaner als auch die Europäische Gemeinschaft gegenwärtig stellen. Eine Mehrheit jugoslawischer Politiker scheucht solche Fragen derzeit weg wie Fliegen, die sich auf ein Honigbrot setzen wollen. Was haben - so fragen nationalistische Führer wie Milosevic, der kroatische Präsident Tudjeman oder der Führer der slowenischen Volksfront Demos, Pucnik, ordinäre ökonomische Einzelfragen mit dem erhabenen Ziel der nationalen Selbständigkeit zu tun?

Amerikaner, Westeuropäer, erst recht Deutsche, haben keinen Grund, den Jugoslawen gute Ratschläge zu erteilen. Wir sind (hoffentlich) sensibel genug, um zu verstehen, daß die jahrzehntelange Unterdrückung nationaler Identität unter marxistischem Vorzeichen zu Eruptionen führen mußte. Die Jugoslawen müssen ihren Weg selbst finden.

Auf der anderen Seite muß die Europäische Gemeinschaft klammern, daß sie niemals imstande sein wird, die wirtschaftlichen Verluste auszugleichen, die jetzt in Jugoslawien durch bedenkenlosen Nationalismus entstehen. Die EG ist nicht das Netz, in das man sich fallen lassen kann, wenn großartige Volten am nationalen Trapez mißlingen sind. Deswegen ist es keineswegs eine "Einmischung" in jugoslawische Innenpolitik, wenn die Vereinigten Staaten oder wichtige Mitglieder der EG die neue Selbständigkeit von Slowenien oder Kroatien nicht von heute auf morgen diplomatisch anerkennen.

Mag sein, daß auf die Dauer keine Macht der Welt den Vielvölkerstaat Jugoslawien zusammenhalten kann. Derzeit gibt es auf dem Balkan aber noch unterschiedliche politische Tendenzen. Ante Markovic, sein Stellvertreter Pregl, die Präsidenten von Makedonien, Gligorov, und Bosnien-Herzegowina, Alija Izetbegovic, und andere kämpfen noch für eine Form der Konföderation. Selbst der slowenische Präsident Milan Kucan, ein gewitzter, bürgerlicher Tatmensch, der schon vor Jahren den Bund der Kommunisten auf Reformkurs gebracht hat, scheint gesprächsbereit. Die EG tut gut daran, eher diese vorsichtigen, abwägenden Kräfte zu unterstützen als flammende Nationalisten, die sich Nationalgarden mit Phantasieuniformen aus dem 19. Jahrhundert zulegen. Die Maxime unseres Handelns sollte die Lebensqualität der großen Mehrheit der jugoslawischen Völker sein. Zur Lebensqualität gehört natürlich Bewegungsfreiheit, Meinungsfreiheit, politische Identität. Ein wichtiges Kriterium der Lebensqualität ist aber auch, daß Menschen Arbeit haben und daß ihre Kinder etwas zu essen bekommen und daß keiner fürchten muß, von einem Panzer niedergewalzt zu werden.

(-/28. Juni 1991/rs/ks)

Hoffnung den Verzweifelten

Zum 40. Jahrestag der Neugründung der Sozialistischen Internationale

Von Dr. Eike Leonhard MdB

Am 30. Juni 1951 versammelten sich in Frankfurt am Main 106 Delegierte in Vertretung von 34 Parteien zur Neugründung der während des Zweiten Weltkrieges leise gestorbenen Sozialistischen Internationale. Die Teilnehmer kamen aus den Ländern Westeuropas, aus Argentinien, Indien, Japan, Kanada, Malta, Uruguay und den Vereinigten Staaten von Amerika. Die im Verlauf des Kongresses einstimmig verabschiedete Deklaration hat weder an Gültigkeit noch an Aktualität verloren. Ziel war, eine Welt des Friedens in Freiheit zu schaffen; eine Welt, die die Ausbeutung und Knachtung des Menschen durch Menschen und von Völkern durch Völker ausschließt; eine Welt, die die Entfaltung der Persönlichkeit des Einzelnen garantiert. Nach Krieg und Zerstörung in jener menschenverachtenden Zeit des Zweiten Weltkrieges sagte die Sozialistische Internationale jeder Form des Imperialismus den Kampf an. Einhellige Forderung waren die "Neuverteilung des Weltreichtums zugunsten der wirtschaftlich unentwickelten Länder der Erde", die Ausrottung von Elend und Armut als "moralische Verantwortung für die Völker in den Ländern höherer Entwicklungsstufe".

Trotz der Gewichtigkeit dieser Zielsetzungen dauerte es mehr als zwei Jahrzehnte, bis die Weltöffentlichkeit die Sozialistische Internationale, die bis zur Übernahme des Vorsitzes von Willy Brandt einen Dornröschenschlaf führte, wahrnahm. Bedeutende Sozialdemokraten und Sozialisten wie Bruno Kreisky, Shimon Perez, Olof Palme, Leopold Senghor, Felipe Gonzales, Sandro Pertini, Denis Healey und Willy Brandt wurden Hoffnungsträger für viele Menschen in aller Welt.

Rückblickend auf die Geschichte der Sozialistischen Internationale sei an die kritischen Worte ihres Vorsitzenden Willy Brandt erinnert, der die Bedeutung der politischen Innovationen und das seit den 70er Jahren neugewonnenen Selbstverständnis nicht unterschätzt, gleichwohl aber angesichts der geänderten weltpolitischen Lage und der aktuell vorherrschenden globalen Fragestellungen - wie Nord-Süd-Konflikt, Rüstungsproblematik, insbesondere nukleare Bedrohung, Fragen der Weltwirtschaftsordnung sowie Verletzungen der Menschenrechte - ein erneuertes politisches Konzept fordert.

Heute - 40 Jahre nach Neukonstituierung der Sozialistischen Internationale - müssen angesichts der wachsenden sozialen und ökologischen Probleme und des Zusammenbruchs des sogenannten realen Sozialismus jene 1951 deklarierten Ziele neubelebt werden. Die Probleme der Massenarbeitslosigkeit und katastrophalen ökonomischen Ausgangssituation der Länder Ost- und Mitteleuropas erfordern die Solidarität aller. Es geht um den Aufbau sozialer Demokratien. Obwohl die Begriffsdebatte "Sozialdemokratie oder Sozialismus" innerhalb der Internationale geführt werden muß, stehen gegenwärtig andere Herausforderungen im Vordergrund. Dennoch; nichts ist zurückzunehmen von der Vision des einstigen Generalsekretärs der Sozialistischen Internationale, Julius Braunthal, dessen optimistischer Glaube an die Regenerationsfähigkeit der Menschheit und ihrer Entwicklung zu immer höheren Stufen der Zivilisation vielen Verzweifelten Hoffnung gab.

Zu wünschen bleibt, daß die Sozialistische Internationale Lehren aus ihrer annähernd 130jährigen Geschichte und wiederholtem Scheitern zieht; die verheerendste Niederlage und größte Ohnmacht offenbarte sich während des Zweiten Weltkrieges. Sechs Jahre dauerte der Prozeß, der die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien vieler Länder wieder zusammenfinden ließ. 40 Jahre Neugründung der Sozialistische Internationale - Macht oder Mythos? Wenn die Integration jener einst abgespaltenen Länder gelingen soll, muß das oberste Postulat der Frankfurter Forderungen, **die Bewahrung des Weltfriedens als die brennendste Aufgabe unserer Zeit**, mit Leben erfüllt werden.

(-/28.6.1991/rs/fü)

Bemühen um eine gemeinsame Sicherheits-Identität
Zu den sicherheitspolitischen Diskussionen der Europäer

Von Robert Antretter MdB
Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der WEU

Der bisherige Verlauf der EG-Regierungskonferenzen hat gezeigt, daß die EG nicht den großen Durchbruch zu einer Politischen Union mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik schaffen wird.

Es wird immer deutlicher, daß die WEU aufgewertet werden soll, um eine gemeinsame Sicherheits-Identität zu entwickeln. Deshalb kommt der am kommenden Montag beginnenden deutschen Präsidentschaft die - vielleicht historische - Aufgabe zu, der WEU endlich eine klare und eindeutige Rolle zuzuweisen.

Im Rahmen der EG-Regierungskonferenzen der Zwölf und innerhalb der Westeuropäischen Union (EG 12 ohne Dänemark, Griechenland und Irland) bemühen sich die Westeuropäischen Staaten seit einiger Zeit um Fortschritte auf dem Wege zu einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Während sich die Zusammenarbeit der EG 12 nach den vorliegenden Entwürfen der Luxemburgischen Ratspräsidentschaft vor allem auf die nicht-militärischen Bereiche der Sicherheitspolitik beschränken soll (Fragen der Nichtweiterverbreitung, der Rüstungsexportkontrollen, der Blauhelmissionen der UNO) werden im Rahmen der Westeuropäischen Union zum Teil sehr weitreichende Überlegungen über eine militärisch-operative Zusammenarbeit angestellt. Dabei sind allerdings erhebliche Differenzen zwischen Frankreich und Großbritannien zu Tage getreten, die letztlich auf unterschiedliche Leitvorstellungen über "das Atlantische" beziehungsweise "das Europäische" Europa und die politische Rolle Europas in der atlantischen Allianz zurückzuführen sind.

Aus den Erfahrungen über die außen- und sicherheitspolitische Koordination vor und während des Golfkrieges haben die Mitgliedstaaten der EG unterschiedliche Lehren gezogen. Wie der britische Außenminister Hurd vor der parlamentarischen Versammlung der WEU am 5. Juni 1991 erklärte, hat sich der Krisen- und Konsultationsmechanismus der NATO bewährt und haben die Europäer - an ihrer Spitze das britische Expeditionscorps mit 45.000 Soldaten - einen substantiellen Beitrag zur Durchsetzung der UNO-Beschlüsse geleistet.

Zufrieden zeigt sich der britische Außenminister mit der in der WEU erfolgten Koordination bei der Durchsetzung der von der UNO verhängten Embargomaßnahmen durch die im Golf operierenden Streitkräfte der WEU-Mitgliedstaaten. Im Rahmen der WEU hatten sich alle dieser Organisation angeschlossenen Staaten (auch die Bundesrepublik war somit indirekt in das Kriegsgeschehen involviert) den Persischen Golf in Überwachungszonen aufgeteilt, gemeinsame Richtlinien für die Durchsuchung verdächtiger Schiffe aufgestellt und nach Beginn der Landoperationen die logistische Versorgung ihrer Streitkräfte sichergestellt. Mit dieser lockeren, an die jeweilig militärische Bedarfslage ihrer Streitkräfte angepaßten, Koordination konnten die Europäer aus britischer Sicht gegenüber den USA glaubwürdig vertreten, daß sie im Krisenfall auch außerhalb des NATO-Gebietes in der Lage sind, komplementäre Aufgaben zur NATO zu übernehmen. Großbritannien und die Niederlande haben deshalb in der WEU einen Vorschlag eingebracht, der den Aufbau einer europäischen Eingreiftruppe zum Ziel hat.

Diese vorrangig für Krisen außerhalb des NATO-Gebietes vorgesehene luftmobile und schnell bewegliche Truppe würde sich nach diesen Vorschlägen aus den Streitkräften der vom NATO-Verteidigungsplanungsausschuß am 28./29. Mai 1991 in Brüssel beschlossenen NATO-Eingreiftruppe sowie französischen Truppenkontingenten zusammensetzen. Da die NATO ihren Verteidigungsraum auf das nordatlantische Gebiet beschränkt hat, sollen in Krisenzeiten NATO-Streitkräfte - und damit wohl auch die Bundeswehr - unter der Ägide der WEU in außereuropäischen Kriegsschauplätzen zum Einsatz kommen. In Friedenszeiten soll ein Pla-

nungsstab der WEU in enger Abstimmung mit den NATO-Gremien, die für die Mobilisierung dieser Truppen erforderlichen Planungsarbeiten treffen.

Für die britische konservative Regierung ist dieser Vorschlag ein praktischer Schritt zur Stärkung der Verteidigungsidentität der WEU-Staaten innerhalb der NATO: er komplementiert die von den NATO-Verteidigungsministern am 28. Mai beschlossene Streitkräftestruktur der NATO in Bereichen, in denen die NATO keine Zuständigkeiten hat. Er stärkt die transatlantischen Bindungen, weil die Europäer unter Beweis stellen, daß sie bei regionalen Konflikten außerhalb Europas militärisch in Erscheinung treten und führt Frankreich näher an die NATO-Militärintegration heran, weil sich diese Eingreiftruppe aus Verbänden zusammensetzen soll, die der NATO assigniert, also zugeordnet sind.

In der parlamentarischen Versammlung der WEU haben Abgeordnete der SPD darauf hingewiesen, daß die WEU keine vertragliche Befugnis hat, außerhalb Europas militärisch in Erscheinung zu treten. Die politische Absicht hinter diesen Plänen für eine WEU-Eingreiftruppe ist offenkundig: der Europagedanke soll mißbraucht werden, um eine aus wohlwogenen Gründen in das Grundgesetz aufgenommene Beschränkung des Verteidigungsauftrages der deutschen Streitkräfte für Europa auszuhebeln.

In seiner Rede vor der parlamentarischen Versammlung der WEU hat aber auch der französische Außenminister Dumas erhebliche Kritik an diesen Plänen und an dem Beschluß der NATO-Verteidigungsminister geübt. Aus französischer Sicht hätte die Allianz gut daran getan angesichts einer völlig veränderten Lage in Europa zuerst ihre neuen politischen Zielsetzungen der Allianz aufzustellen, dann ihre globalen Sicherheitsherausforderungen zu definieren, um darauf aufbauend eine Streitkräftestruktur für die künftigen militärischen Aufgaben zu definieren. Die Beschlüsse der NATO-Verteidigungsminister haben aus der Sicht von Paris gewissermaßen zur Konsequenz, daß die NATO den Europäern vorgibt, was sie auf dem Weg zu einer eigenen Verteidigungsidentität zu tun und zu lassen haben. Unüberhörbar war in den Ausführungen des französischen Außenministers die Kritik an der Haltung von Bundesverteidigungsminister Stoltenberg, der im NATO-Verteidigungsplanungsausschuß diesen Plänen zugestimmt hat.

Das jüngste NATO-Kommunique der Außenminister von Anfang Juni 1991 hat ausdrücklich den eigenständigen Beitrag einer sicherheitspolitischen Zusammenarbeit der Europäer zur Stärkung der atlantischen Allianz anerkannt. Leider haben es jedoch die in der WEU zusammengeschlossenen Staaten bislang versäumt, einen abgestimmten Beitrag zur politischen Neubewertung der NATO einzubringen. Die amerikanische Protestnote vom Februar dieses Jahres gegen eine europäische verteidigungspolitische Rolle der EG, hat offensichtlich die Diskussion innerhalb der WEU gelähmt. Die Warnungen der USA vor einer amerikanisch-europäischen Blockbildung in der NATO, vor einer schleichenden Herausdrängung der USA aus europäischen Sicherheitsbelangen und einer möglichen Marginalisierung der nicht der EG und WEU angehörenden europäischen NATO-Staaten (Island, Norwegen, Türkei) haben offensichtlich nicht ihre Wirkung verfehlt.

Die Bundesrepublik Deutschland wird am 1. Juli die Präsidentschaft der WEU übernehmen. Dann muß die Bundesregierung Farbe bekennen und sagen, wie sich eine militärisch operative Rolle der WEU mit dem Anspruch von Bundesaußenminister Genscher verträgt, die Herausbildung gesamt-europäischer-kooperativer Sicherheitsstrukturen im Rahmen der KSZE zu unterstützen. Die Aufstellung einer europäischen Eingreiftruppe in der NATO zeugt nicht gerade von einem Vertrauensvorschuß in den soeben in der KSZE beschlossenen Mechanismus zur Konfliktverhütung und zur friedlichen Streitbeilegung.

Die Debatte um die Neubewertung der WEU muß deshalb eingebunden werden in die sich verändernden Strukturen des KSZE-Prozesses der Atlantischen Allianz und der EG auf ihrem Weg zur Politischen Union. Angesichts des Versagens der UNO vor und während des Golfkrieges sind die Europäer, und vor allem Frankreich und Großbritannien, besonders aufgefordert, für eine Reform des Kapitels 7 der UNO-Charta einzutreten, das die Kompetenzen der

UNO-Gremien, insbesondere des Generalsekretärs und des Generalstabsausschusses für die der UNO zugeordneten Streitkräfte bei ihren friedenssichernden Aktionen definiert. Denkbar wäre in diesem Zusammenhang, daß die beiden europäischen ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrates, also Frankreich und Großbritannien, die in der WEU aufgestellten und vereinbarten Positionen einbringen.

Auch die SPD hat sich dazu bekannt, daß in dem Prozeß der Vertiefung der EG zur Politischen Union die sicherheitspolitische Dimension nicht ausgeklammert werden kann. Sicherheit wird aber heute nicht mehr primär durch Panzer, Flugzeuge und Raketen gewährleistet, sondern durch die wirtschaftliche Angleichung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse zwischen Ost und West. Auf dem Weg zu einem grenzenlosen Europa, in dem durch gute Nachbarschaft, wirtschaftliche Verflechtung und durch technologische Zusammenarbeit der Wohlstand gerechter verteilt wird, wird der EG künftig eine Schlüsselrolle zukommen. Angesichts dieser Zukunftsaufgabe sollte die EG deshalb nicht mit Themen einer verteidigungspolitischen Zusammenarbeit belastet werden, sondern allenfalls die global-politischen Aspekte der Sicherheitspolitik erörtern. Diese Beschränkung auf eine globale Sicherheitsdimension würde eine rasche Aufnahme Österreichs und Schwedens in die EG erleichtern.

Wenn die französische und deutsche Regierung sich weiterhin zu ihrem im Februar in die EG-Regierungskonferenzen eingebrachten Vorschlag bekennen, die WEU als "Brücke und Kanal" zwischen EG und NATO auszubauen, dann sollten Bonn und Paris umgehend einen eigenen Beitrag als Ausdruck einer eigenständigen europäischen Verteidigungsidentität in den NATO-Gipfel im November einbringen. Ein erster Schritt wäre die Ausarbeitung einer neuen europäischen Sicherheitscharta, da die im Oktober 1987 in Den Haag beschlossene Charta nicht mehr den heutigen Realitäten Europas entspricht. Dabei muß auch die Rolle der britischen und französischen Atomwaffen angesprochen werden, zumal Frankreich im Herbst die Weichen für eine Neudefinition der französischen atomaren Abschreckungsstrategie stellt. Weitere praktische Möglichkeiten bei der militärischen Zusammenarbeit der Streitkräfte in der WEU liegen bei der Verifikation der konventionellen Abrüstungsvereinbarungen und im Aufbau einer europäischen Satellitenüberwachungsagentur.

Diese Agentur darf aber nicht dazu mißbraucht werden, die im Golfkrieg vor allem bei den französischen Streitkräften aufgetretenen Defizite in der Aufklärung bei künftigen out-of-area-Einsätzen Frankreichs auszugleichen. Wir erwarten von der WEU, daß sie die bei dieser Satellitenaufklärung erworbenen Erkenntnisse bei Reisen außerhalb des NATO-Gebietes unverzüglich dem Weltsicherheitsrat zugänglich macht, damit die UNO anders als bei der Besetzung Kuwaits durch den Irak mit ihren friedenssichernden Aktionen in Erscheinung treten kann.

Nach Auflösung des Warschauer Paktes wäre es wohl ein falsches Signal, wenn bei einer sich intensivierenden militärischen Zusammenarbeit in der WEU der Eindruck entstehen könnte, daß sich ein neuer Militärblock in Westeuropa formiert. Die Bundesregierung sollte deshalb unverzüglich die Öffentlichkeit über Inhalt und Tragweite der Treffen der Generalstabschefs der Westeuropäischen Union informieren.

Während der Zusammenkunft dieses Gremiums am 10. April kamen auch die militärischen Lehren aus dem Golfkrieg und der Aufbau einer europäischen Transportkapazität für Langstreckeneinsätze der Streitkräfte zur Sprache. Da die WEU keine Befugnisse hat, außerhalb des NATO-Gebietes eine militärisch-operative Rolle zu übernehmen, werden die Sozialdemokraten keiner Politik zustimmen können, die den out-of-area-Einsatz deutscher Soldaten durch die Hintertür via WEU möglich macht.

(-/28. Juni 1991/rs/ks)
